

Taiwan

Hans-Wilm Schütte

DPP wählt Präsident Chen zum Parteivorsitzenden

Zum zweiten Mal nach den Jahren 2002-2004 übernahm Taiwans Präsident Chen Shui-bian im Oktober die Führung der Demokratischen Fortschrittspartei DPP. Zuvor war der bisherige Vorsitzende Yu Shyi-kun (You Xikun) zurückgetreten (vgl. C.a., 5/2007:198). Nachdem der Ständige Ausschuss als oberstes Führungsgremium Chen am 3. Oktober einstimmig nominiert hatte, bestätigte das Zentralkomitee die Wahl kurz darauf. Chen Shui-bian zögerte allerdings bis zum 11. Oktober, ehe er die Wahl annahm.

Chen hatte den Posten, der ihm eine erhebliche Mehrbelastung aufbürdet, nicht angestrebt, sondern zunächst versucht, den ausgeschiedenen Yu zum Bleiben zu bewegen. Tatsächlich hat die DPP wenig personelle Auswahl. Schon seit Jahren sieht man in den wichtigsten Ämtern stets dieselben Namen rotieren. Chen Shui-bians Wahl hat zweifellos den Vorteil, dass er am ehesten die Partei einen und im Vorfeld der anstehenden wichtigen Wahlen (zum Parlament im Januar, zum Präsidentenamt im März 2008) schädliche Auseinandersetzungen über die Parteilinie unterbinden kann. Andererseits erfordern gerade die Wahlkämpfe ein Vollzeitengagement, das der Präsident des Landes beim besten Willen nicht leisten kann. Beobachter sehen zudem das Risiko, dass Chen als DPP-Vorsitzender und oberster Wahlkampfko-

ordinator den Präsidentschaftskandidaten der Partei Frank Hsieh (Xie Changting) beschädigt, denn während dieser eine moderate chinapolitische Linie vertritt, die ihn auch für die politische Mitte wählbar machen soll, steht Chen seit einigen Jahren klar für das Ziel einer unabhängigen Republik Taiwan und damit für eine Politik der Konfrontation.

In der Tat könnte sich die Entscheidung für dieses altbekannte Gesicht daher letztlich als Fehler erweisen. Dies gilt umso mehr, als der Präsident auch in einen Korruptionsfall verwickelt ist, bei dem ihn nur die Immunität seines Amtes vor Strafverfolgung schützt (vgl. C.a., 1/2007:148f.). Auch sein seit langem nur noch sehr geringes Ansehen in der Bevölkerung spricht nicht dafür, dass die DPP mit dem Rückgriff auf Chen eine kluge Entscheidung traf. Genauer zu dem Thema wird man jedoch erst im Januar erfahren, wenn die Wähler ihre Stimme abgegeben haben. (SCMP, 3., 5., 12., 17.10.07; WSJ, 3., 12.10.07; ST, 4., 12.10.07; TT, 5., 6., 14.10.07)

Fackellauf wirbt für UN-Mitgliedschaft

„Taiwan in die UNO“ ist Präsident Chen Shui-bians großes Thema für die letzten Monate seiner Amtszeit. Zur Förderung der laufenden Kampagne, als deren Höhepunkt ein Referendum geplant ist (vgl. C.a., 5/2007:194-196), fand auf Initiative des Präsidenten vom 24. Oktober bis 3. November ein Fackellauf statt, der in Form einer Staffel mit mehreren Etappen über 1.200 km durch 25 Städte und Landkreise rund um die Insel führte.

Wie so oft sah sich die Opposition

durch die ideenreicheren Politiker der Regierungspartei unter Zugzwang gesetzt, und um den Präsidenten und seine Partei nicht dem geballten Medieninteresse zu überlassen, veranstaltete die Nationale Volkspartei KMT parallel eine Radrundfahrt durchs Land. Bei beiden Aktionen ging es darum, im Zuge des Wahlkampfes die jeweiligen Anhänger zu mobilisieren und dabei für das jeweils eigene Referendum zu werben; aber obwohl in beiden Abstimmungen eine UNO-Mitgliedschaft für Taiwan gefordert werden soll, sodass sie in ihrem Ziel faktisch übereinstimmen, wäre Taiwan nicht Taiwan, wenn die Sache nicht in die Niederungen des Parteiengängs gezogen würde.

Und so geschah es dann auch. Während die KMT für den Beginn der Aktion in der Hauptstadt Taipei bei der KMT-geführten Stadtverwaltung die ordnungsgemäßen Anträge gestellt hatte, hatte die Regierung dies versäumt oder absichtlich unterlassen und äußerte sich im Vorfeld des Laufs nun höchst empört, dass Bürgermeister Hau Lung-bin (Hao Longbin, KMT) deshalb die Auftaktveranstaltung auf der Straße vor dem Präsidentenpalast für illegal erklärte. Obwohl die Aktion ihre *Raison d'être* ausschließlich als politische Demonstration besaß und es sich nicht um einen sportlichen Wettkampf handelte – der laut Rechtsauffassung der DPP-Politiker keines Antrags bedurft hätte –, behaupteten beispielsweise Ministerpräsident Chang Chun-hsiung (Zhang Junxiong) und andere DPP-Politiker exakt das Gegenteil und warfen Hau vor, die Veranstaltung zu politisieren. Präsident Chen forderte den Bürgermeister gar auf, ihn

doch zu verhaften, wenn er sich als erster Läufer auf den Weg mache. Gleichsam in letzter Minute sprang schließlich ein Tai-beier Sportverein der Regierung bei und stellte bei der Stadtverwaltung den nötigen Antrag, der dann auch prompt genehmigt wurde. Staffellauf und Radrundfahrt gingen anschließend ohne Zwischenfälle über die Bühne.

Bei der Abschlussveranstaltung gab die DPP bekannt, ihr Referendumsantrag sei bereits von 2,5 Mio. Bürgern mit ihrer Unterschrift unterstützt worden. Die nächste Aktion schloss sich sogleich an: Alle Taiwaner, die die UNO-Mitgliedschaft Taiwans unterstützen, sollen eine vom Wahlkampfbüro des DPP-Präsidentenwahlkandidaten Frank Hsieh vorbereitete Postkarte an die Vereinten Nationen schicken und darin ihr Konterfei einkleben, um dem Anliegen gewissermaßen ein Gesicht zu geben.

All diese Aktionen, ob seitens der Regierung bzw. der DPP oder der Opposition, sind faktisch wenig anderes als Wahlkampfgetöse, da eine UNO-Mitgliedschaft für Taiwan aufgrund von Beijings Ein-China-Doktrin nicht erreichbar ist. Der Streit zwischen Regierung bzw. Regierungspartei und Opposition geht daher auch nicht um die Sache, sondern darum, wer bestimmte symbolbehaftete Themen rhetorisch glaubwürdiger besetzen kann. (TT, 16., 20., 22., 23.10., 4.11.07; ST, 22.10.07; SCMP, 22., 25.10.07; *Taiwan Journal*, (24)43, 2.11.07:1)

Präsident Chen taiwanisiert Nationalfeiertag

Das Bestreben von Präsident Chen Shui-bian, den offiziellen Staatsnamen „Repub-

lik China“ (Zhonghua Minguo) und möglichst auch alle Bezüge zu China in den Namen von Firmen oder Gebäuden zu eliminieren, erreichte am 10. Oktober erstmals auch die Feiern zum Nationalfeiertag, der dem Gedenken an die Revolution von 1911 dient. Damals führte ein Aufstand in der Provinz Hubei zur Gründung der Republik am 1.1.1912 und einen Monat später zum Ende der Monarchie und der Mandschuherrschaft. Auf 1912 als Jahr 1 der Republik bezieht sich bislang auch die in Taiwan übliche Jahreszählung. Taiwannationalistische Kreise wiesen schon früher darauf hin, dass die genannten Ereignisse eines Bezugs zu Taiwan entbehren – die Insel Formosa und die Pescadorensen standen bereits seit dem Jahr 1895 unter japanischer Herrschaft.

Bei den letzten Nationaltagsfeiern unter seiner Ägide sorgte Präsident Chen nun für eine Ausgestaltung, wie sie seiner Idee von Taiwans Zukunft entspricht. Offizieller Veranstalter ist zwar Parlamentspräsident Wang Jin-pyng (Wang Jinping) von der oppositionellen KMT, doch findet der große Staatsakt stets im bzw. vor dem Präsidentenpalast statt. An dessen Turm war dieses mal nicht der traditionelle „Glückwunsch zum Nationalfeiertag der Republik China“ (*Qingzhu Zhonghua Minguo guoqing*) zu lesen, vielmehr blieben bereits im September angebrachte Banner hängen, die „Taiwan in die Vereinten Nationen“ (*Taiwan jiaru Lianheguo*) forderten. Auch in seiner Ansprache vermied Chen den Staatsnamen – außer in einem Satz, in dem er verneinte, dass Taiwan unter diesem Namen je UNO-Mitglied werden könne. In schriftlicher Form erschien der Staatsname

lediglich in wenig prominenter Position an der Festtribüne.

Mehr Aufsehen in den internationalen Medien erregte, dass erstmals seit dem Jahr 1991 wieder eine Militärparade stattfand. Seinerzeit war der Brauch, zum Nationalfeiertag die Wehrhaftigkeit zu demonstrieren, auf Betreiben der heutigen Regierungspartei beendet worden; sie hatte in den Paraden eine Ressourcenverschwendung gesehen. Jetzt war offenbar ein anderer Gesichtspunkt wichtiger: China und die Welt sollen sehen, dass Taiwan entschlossen ist, seine Selbstständigkeit zu verteidigen, und über das dafür nötige Gerät verfügt; zudem sollen patriotische Gefühle in der Wählerschaft geweckt oder bestärkt werden – in der Hoffnung wiederum, dass dies in den für Januar und März 2007 anstehenden Wahlen dem unabhängigkeitsorientierten „grünen“ Lager zugute komme. Die Parade präsentierte rund 2.000 Soldaten, über 200 Fahrzeuge und bodengestützte Waffen sowie nach verschiedenen Quellen 70 bis 300 Hubschrauber und Kampfflugzeuge. Erstmals öffentlich zu sehen waren zwei Neuentwicklungen der taiwanischen Rüstungsindustrie: die überschallschnelle Hsiung Feng (Xiongfeng) 3 und die Tien Kung (Tiangong) 3, Raketen, die gegen Kriegsschiffe bzw. gegen angreifende Flugkörper eingesetzt werden sollen. Die Kosten der Parade in Höhe von 77 Mio. TWD (1,6 Mio. EUR) bezeichnete Wang Jin-pyng als vertretbar.

Möglicherweise wird es das einzige Mal bleiben, dass sich Taiwan an einem 10. Oktober derartig darstellte. Die Opposition, deren Repräsentanten der offiziellen Feier demonstrativ fernblieben und

ihre eigene veranstalteten, hat gute Chancen, nächstes Jahr die Wahlen zu gewinnen und das Jubiläum wieder mit den verfassungsmäßigen Namen und Symbolen zu bestreiten. (FT, 5.10.07; TT, 5., 6.10.07; ST, 9., 11.10.07; SCMP, 9., 10., 11.10.07; www.libertytimes.com.tw/2007/new/oct/6/today-p4.htm, 29.11.07; *Taiwan Journal*, (24)41, 19.10.07:1)

Chen: Kein Einsatz von Mittelstreckenraketen ohne US-Zustimmung

Bereits seit dem Jahr 2000 strebt Taiwan eine Änderung seiner Militärstrategie an, dabei soll der bislang gültige Defensivansatz ergänzt werden durch Abschreckung mit Offensivwaffen, um auf diese Weise für die VR China das Angriffsrisiko zu erhöhen. Entsprechende Waffen stehen bislang zwar noch nicht bereit, werden aber entwickelt. Im April 2007 nahmen sie in virtueller Form erstmals an einem Manöver teil. Seinerzeit warnten die Vereinigten Staaten die Inselrepublik davor, diesen Strategiewechsel fortzuführen und militärtechnisch umzusetzen (vgl. C.a., 3/2007:150f.).

Die Furcht der USA vor einem politischen Alleingang Taiwans verstärkte sich in den letzten Monaten erneut aufgrund des Plans der Regierung, eine Volksabstimmung zur Frage eines UNO-Beitritts unter dem Staatsnamen „Taiwan“ durchzuführen. Taiwan droht damit ernstlich, das Wohlwollen seiner heimlichen Schutzmacht zu verspielen. Ende Oktober nun machte Präsident Chen Shui-bian wenigstens beim Strategiewechsel einen halben Rückzieher: Taiwan werde die neuen Waffen mit dem Namen Hsiung Feng 2E, die mit einer Reich-

weite von 1.000 km auch das Finanz- und Handelszentrum Shanghai treffen können, nicht einsetzen, ohne vorher Washingtons Zustimmung einzuholen.

Hinter dieser Zusage steckt vermutlich massiver Druck seitens der USA, die sich mit Taiwan wegen der Raketen in einem Dialog befanden. Vor diesem Hintergrund dürfte auch die Tatsache zu deuten sein, dass die neue Waffe bei der Militärparade am Nationalfeiertag nicht gezeigt wurde.

Präsident Chen betonte allerdings auch, dass Taiwan angesichts von mittlerweile beinahe 1.000 chinesischen Mittelstreckenraketen, die die Insel bedrohen, keine andere Wahl habe, als die Fähigkeit zum Gegenschlag zu entwickeln.

In diesem Zusammenhang tauchte auch wieder die Frage auf, ob Taiwan eventuell dabei sei, Atomwaffen zu entwickeln. Die in Hongkong erscheinende kommunistische Tageszeitung *Wen Wei Po* (*Wenhui Bao*) behauptete im November, Taiwan sei seit langer Zeit mit der Entwicklung von Nuklearwaffen befasst, lieferte dazu allerdings keine Beweise, sondern nur Spekulationen über Taiwans Fähigkeit, solche Waffen zu entwickeln. Bekannt ist, dass Chiang Kai-shek (Jiang Jieshi) vor Jahrzehnten Atomwaffen anstrebte, deren Entwicklung aber auf Druck der USA einstellte. Präsident Chen und das Verteidigungsministerium erklärten wiederholt, dass Taiwan keine Atommacht werden wolle. Entgegen der Vermutung der *Wen Wei Po* muss es als ausgeschlossen gelten, dass die Regierung ein Atomwaffen-Entwicklungsprogramm vor der Opposition, der Öffentlichkeit und den Vereinigten Staaten von Amerika geheim halten könnte.

Gleiches gilt für eine Behauptung, die der KMT-Politiker Su Chi (Su Qi) im Oktober aufstellte: Demnach solle die oben erwähnte Hsiung Feng 2E mit Nuklearsprengköpfen ausgerüstet werden. Das Verteidigungsministerium nannte die Behauptung „rein spekulativ“. Tatsächlich ließ Su Chi sogleich auch die wahren Motive für seine These erkennen: Er befürchte, dass die Regierung mithilfe der Hsiung Feng 2E eine akute Bedrohung durch das Festland provozieren und auf diese Weise der DPP und ihrem Präsidentschaftskandidaten zum Wahlsieg verhelfen wolle. Mit anderen Worten: Er verfügte über kein Faktenwissen, sondern betrieb ein Denunziationsspiel im Wahlkampf. (IHT, 29.9.07; SCMP, 22., 30.10.07; TT, 22.10.07; ST, 30.10.07; FT, 30.10.07; *Wen Wei Po*, nach BBC PF, 9.11.07)

Kämpfer zur Amtsentfernung von Präsident Chen gründen Partei

Nachdem die mit großem Tamtam dahergekommene Bewegung zum Sturz von Präsident Chen, die im Herbst 2006 für Schlagzeilen sorgte, wirkungslos verpuffte (vgl. C.a., 5/2006:141-143, 6/2006:154f.), formieren sich einige der damaligen Aktivisten neu: zu einer Partei der politischen Mitte. Anknüpfend an die damalige Symbolfarbe der Bewegung nennt sie sich Hong Dang, die „Rote Partei“. Ihr englischer Name „Home Party“ lehnt sich wiederum an die Lautung ihres chinesischen Namens an.

Die Partei möchte ein Sammelbecken derer sein, die das ewige Gezänk zwischen dem „grünen“ und dem „blauen“ Lager satt haben. Ihr Programm wirkt allerdings reichlich widersprüchlich. Einerseits tritt

die Partei für mehr Freiheit in der Wirtschaft ein und fordert Steuersenkungen, um mehr ausländisches Kapital anzuziehen, andererseits möchte sie das soziale Sicherungssystem stärken. Die dazu nötigen Kosten sollen aus Einsparungen in der staatlichen Verwaltung kommen; die Partei fordert, der Staat solle auf „unnötige Funktionen“ verzichten.

Die Partei stellte bereits Kandidaten für die kommenden Parlamentswahlen auf. Ihre Arbeit wird durch eine Großspende erleichtert: Shih Ming-teh (Shi Mingde), Exvorsitzender der DPP und Hauptaktivist der letztjährigen Proteste, stellte 5 Mio. TWD (ca. 106.000 EUR) zur Verfügung.

Auch wenn sich die große Mehrheit der Wähler nach politischen Kräften der Mitte sehnt, die die Kluft zwischen den Lagern überwinden (vgl. C.a., 5/2006:145, 1/2007:76-92), dürfte die Rote Partei wenig von dem Trend profitieren. Dafür gibt es drei Gründe: Zum Ersten haben auch die Präsidentschaftskandidaten der beiden großen rivalisierenden Parteien DPP und KMT den Trend zur Mitte erkannt und vertreten bereits eine gemäßigte Politik. Zum Zweiten hinterließ die chaotische Protestbewegung des letzten Jahres einen schlechten Eindruck, ihre Aktivisten, allen voran Shih Ming-teh, zeigten mehr Sinn für Klamauk als für die Realitäten, und der Parteivorsitzende Chen Yao-chang ist zwar ein respektierter Chirurg, aber als Politiker kaum in Erscheinung getreten. Zum Dritten schließlich drängt sich in der politischen Mitte auch noch einiges an neuer Konkurrenz; namentlich die Union für Taiwan-Solidarität (TSU), die im Parlament bereits vertreten ist, versucht

sich unter ihrem Vorsitzenden Huang Kunhui (Huang Kunhui) als Alternative zu den großen Parteien zu profilieren. (TT, 26.11.07; www.newtaiwan.com.tw/bulletinview.jsp?bulletinid=21219, 3.12.07)

KMT und Ma Ying-jeou: „Jein“ zur Ein-China-Doktrin

Die anstehenden Wahlen, bei denen siegen wird, wer die Wähler in der politischen Mitte überzeugen kann, führten bei der Oppositionspartei KMT und ihrem Präsidentschaftskandidaten Ma Ying-jeou (Ma Ying-jiu) Ende Oktober/Anfang November zu einem eigentümlichen „Nein, aber doch“ in Sachen Chinapolitik. Deren Eckpfeiler bildet für die KMT bekanntlich der sogenannte Konsens von 1992, wonach die VR China und Taiwan darin übereinstimmen, dass es nur ein China gibt (als dessen Teil Taiwan gilt), aber dieses eine China nicht näher definieren, also sich gegenseitig unterschiedliche Deutungen zugestehen. (Die VR China bestreitet allerdings, dass sie damals unterschiedliche Deutungen zugestand, doch steht dies auf einem anderen Blatt.) Aus ihrem Grundsatzpapier für das Jahr 2008 strich der Ständige Ausschuss des KMT-Zentralkomitees nun aber den Bezug auf diesen Konsens. Ebenfalls eliminiert wurde eine Erwähnung des Nationalen Vereinigungsrats (Guojia Tongyi Weiyuanhui). Als dieses informelle, aber symbolbehaftete Gremium im Februar 2006 durch Präsident Chen Shui-bian für nicht mehr existent erklärt wurde, hatte die KMT diese Entscheidung noch heftig kritisiert (vgl. C.a., 2/2006:157-160), und in den KMT-Grundsatzpapieren der letzten Jahre hatten sowohl der Konsens

als auch der Wiedervereinigungsrat stets eine Rolle gespielt. Die VR China erklärt die Rückkehr zu dem Konsens von 1992 als Voraussetzung für eine Wiederaufnahme des im Jahr 1993 begonnenen Dialogs zwischen beiden Seiten; da nun die KMT Wahlwerbung damit betreibt, die Beziehungen zum Festland ausbauen zu wollen, verwundert es in der Tat, dass dieser zentrale Punkt nun ausgeklammert wurde.

Der KMT zufolge signalisiere die Streichung jedoch keinen grundlegenden Wandel in ihrer Chinapolitik; zudem sei der Konsens nach wie vor in der Parteisatzung verankert. KMT-Generalsekretär Wu Denyih (Wu Dunyi) erklärte, er sei einem Vorschlag von Formulierungshelfern gefolgt und trage die Verantwortung. Sowohl Lien Chan (Lian Zhan), bis August 2005 Parteivorsitzender, als auch James Soong (Song Chuyu) vom KMT-Partner PFP und weitere Chinanationalisten kritisierten Wus Entscheidung. Lien Chan zürnte, die KMT werfe ihre Grundsätze über Bord. Der Generalsekretär betonte, weder der Parteivorsitzende Wu Poh-hsiung (Wu Boxiong) noch Präsidentschaftskandidat Ma hätten von der neuen Formulierung Kenntnis gehabt oder sie veranlasst. Ein KMT-Sprecher gab an, die Streichung sei „technischer Natur“.

Dass allerdings ausgerechnet die beiden Personen, die die KMT-Politik der nächsten Zukunft gestalten und mit dem Programm fürs kommende Jahr Wahlkampf machen, in die Formulierung nicht eingebunden gewesen sein sollen, ist kaum glaubhaft. Zumindest entspräche das Streichen des Konsenses Mas chinapolitischer Linie, die gegenüber der kommunistischen Partei Chinas trotz aller Entspannungsplä-

ne eine deutlich distanziertere Haltung zeigt, als dies bei Lien Chan und anderen Wiedervereinigungsbefürwortern zu beobachten ist (vgl. C.a. 5/2005:Dok50). Zudem steht die KMT bei den Unabhängigkeitsbefürwortern unter Taiwans Wählern im Ruf, bei der Annäherung an die VR China Taiwans Interessen zu vergessen. Und nachdem die politische Mitte eine Tendenz zu mehr Taiwanpatriotismus erkennen lässt, muss die KMT, wenn sie die Wahlen gewinnen will, versuchen, sich gerade auch gegenüber diesem Wählerkreis zu öffnen. Um stärker als Taiwanpartei wahrgenommen zu werden, hatte die KMT bereits im Juni erstmals Aussagen zu „Taiwan“ (im Unterschied zum offiziellen Staatsnamen „Republik China“) in ihre Satzung aufgenommen. Die derzeitige KMT-Führung und ihr Präsidentschaftskandidat können andererseits die dezidiert chinanationalistischen Kreise relativ risikolos vergrätzen, da die einzige personelle Alternative, DPP-Kandidat Frank Hsieh, für diese ohnehin nicht wählbar ist. Eine mehr taiwanorientierte KMT würde also in der Mitte mehr Stimmen gewinnen, als sie allenfalls am Rande des politischen Spektrums verlöre.

Auf Befragen mochte Ma jedoch von einem Verzicht auf den Konsens von 1992 nichts wissen. Vielmehr sei dieser weiterhin Grundlage seiner Politik. Wie nun beides – die Idee vom selbstständigen Taiwan und die Ein-China-Doktrin – zusammengehen sollen, ließ Ma offen. Klar ist nur so viel: Zunächst einmal muss die KMT die Wahlen gewinnen. Den Konsens von 1992 wieder hervorholen kann sie danach immer noch. (WSJ, 1.11.07; ST, 2.11.07; TT, 3., 4.11.07; SCMP, 2., 5.11.07)

Die Kandidaten für die Parlamentswahlen stehen fest

Am 20. November 2007 endete die Kandidatenregistrierung für die auf den 12.1.2008 terminierten Parlamentswahlen. Der nächste Legislativ Yuan, gegenüber dem bisherigen auf die Hälfte verkleinert, wird 113 Abgeordnete haben; von diesen werden 79 in ebenso vielen Wahlkreisen direkt gewählt. Mit einer Zweitstimme analog zur deutschen Praxis werden weitere 34 Volksvertreter über Parteilisten gewählt.

Die Parteien haben Direktkandidaten in folgender Zahl aufgestellt:

KMT (Nationale Volkspartei Guomindang) 74, DPP (Demokratische Fortschrittspartei Minzhu Jinbudang) 71, TSU (Union für Taiwan-Solidarität Taiwan Tuanjie Lianmeng) 13, sonstige Parteien und Unabhängige 138; diese Zahlen schließen Direktkandidaten für die Ureinwohner ein, die zwei separaten, nicht geografisch, sondern ethnisch definierten Wahlkreisen zugeordnet sind. Über die Listen wurden weitere 132 Kandidaten gemeldet: KMT und die mit ihr verbündete PFP (People First Party Qinmindang) gemeinsam 34 (30 KMT, 4 PFP; davon zur Hälfte Frauen), DPP 34 (davon 18 Frauen), TSU 15, sonstige Parteien 49. Insgesamt werben demnach 428 Kandidaten um das Vertrauen der Wähler, knapp vier pro Sitz. Für die Wahl der Listenkandidaten gilt eine Fünf-Prozent-Hürde. (www.cec.gov.tw/files/0961120/0961120.htm, 1.12.07; TT, 21.11.07)

Parteien lassen Angeklagte und Kriminelle kandidieren

Aus Taiwans großen Parteien DPP und KMT tönt lautes Geschrei, wenn ein Politiker der Gegenseite in Verdacht gerät, sich im Amt bereichert oder sonst irgendwie gegen Recht und Gesetz verstoßen zu haben. Geht es aber um die eigenen Parteigänger, zeigt man sich großmütig, und mitunter hebt man nach dem Motto „Viel Feind, viel Ehr“, auch Kriminelle auf den Schild. Die Kandidatenliste für die nächste Parlamentswahl bietet dazu erneut Beispiele.

So ist die DPP-Kandidatin Hsueh Ling (Xue Ling) in einen Kreditvergabeskandal verwickelt und steht deswegen unter Anklage. Ihr Parteikollege Gao Jyh-peng (Gao Zhipeng), wie sie nominiert für das nächste Parlament, muss sich vor Gericht wegen des Verdachts der Bestechlichkeit verantworten. Der prominenteste DPP-Politiker, der trotz anhängigem Gerichtsverfahren auf die Kandidatenliste kam, ist Yu Shikun (You Xikun), vormalis Ministerpräsident, dann DPP-Vorsitzender. Die Staatsanwaltschaft wirft Yu Urkundenfälschung und Veruntreuung vor.

Befragt, ob sich die Nominierung umstrittener Kandidaten bei der Wahl als nachteilig herausstellen könnte, entgegnete die Generalsekretärin des Präsidentenamts Yeh Chu-lan (Ye Julan) lediglich, alle Kandidaten seien in Übereinstimmung mit den Parteiregularien gewählt und vom Zentralkomitee bestätigt worden. Ein Parteisprecher verwies darauf, dass die drei erwähnten Kandidaten noch nicht verurteilt seien und forderte dazu auf, die KMT-Kandidaten

mit gleicher Elle zu messen.

Die große Oppositionspartei schießt in der Tat den Vogel ab: Sie hat Chiu Yi (Qiu Yi) einen sicheren Listenplatz verschafft. Chiu war im August 2006 zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er beim Protest gegen das Ergebnis der Präsidentenwahl 2004 versucht hatte, gewaltsam in das Büro der Staatsanwaltschaft einzudringen. Bereits im Jahr 2003 hatte er wegen Verstoßes gegen das Wahlgesetz eine dreimonatige Gefängnisstrafe kassiert, die allerdings für zwei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurde. Dessen ungeachtet tat sich Chiu, der im Jahr 2005 von der PFP zur KMT wechselte, im Jahr 2006 als lautstarker Kritiker von Präsident Chen Shui-bian hervor, den er mit teils zutreffenden, teils aus der Luft gegriffenen Korruptionsvorwürfen überhäufte (vgl. C.a., 5/2006:144). Der KMT gilt Chiu nach wie vor als zugkräftiger Aktivist. Vermutlich seinetwegen hatte die Partei im Sommer eine von Präsident Chen initiierte Amnestie auf Gefangene ausgedehnt, die bis zu 18 Monate Haft abzusetzen haben – zunächst war eine Grenze von zwölf Monaten vorgesehen gewesen (vgl. C.a., 4/2007:170). Als Chiu nun nach nur sieben Monaten Haft frei kam, empfing ihn seine Partei mit großem Trara. KMT-Generalsekretär Wu Den-yih (Wu Dunyi) verstieg sich gar zu der Äußerung, Chiu sei ein „Nationalheld“.

Dass die traditionell mit der taiwanischen Mafia verfilzte KMT keine Skrupel hat, einen Demokratieverächter und mehrfach vorbestraften Krawallmacher zu ehren und ins Parlament einziehen zu lassen, erstaunt vielleicht nicht allzu sehr, schließlich mochte sich die einst allein herrschende

Partei mit ihrer Oppositionsrolle nie abfinden und geriert sich weiterhin gern mit der selbstgerechten Attitüde des „L'état, c'est moi“. Allerdings gibt die DPP inzwischen kein sehr viel besseres Bild ab. Angetreten als Gegenmodell zur korrupten KMT muss sie heute auf deren Zustand verweisen, um doch noch als etwas sauberer wahrgenommen zu werden. Das schlechte Beispiel der KMT macht also weiterhin Schule.

Dem entsprach auch ein parteienübergreifender Parlamentsbeschluss vom November: Auf Betreiben eines Abgeordneten, der wegen Bestechlichkeit und anderer Vergehen zu einer 20-jährigen Haftstrafe verurteilt wurde, dagegen aber in Berufung ging, darf weiterhin jeder kandidieren, dessen Verurteilung auf mindestens zehn Jahre Gefängnis noch nicht rechtskräftig ist. Davon profitiert auch der KMT-Abgeordnete Her Jyh-huei (He Zhihui), der wegen Korruption erstinstanzlich zu 19 Jahren Haft verurteilt wurde und nun ebenfalls auf das Revisionsverfahren hofft. (TT, 24.4.04, 24.5.05, 7., 8., 11., 15., 21.11.07; www.cec.gov.tw/files/0961120/5.XLS, 2.12.07)

Verfahrensstreit um anstehende Referenden

Ein Parteienstreit um eine sekundäre Verfahrensfrage zeitigte im November groteske Auswüchse von bislang nicht vorstellbarem Ausmaß.

Die Wahlen zum Legislativ Yuan im kommenden Januar sollen mit zwei Volksabstimmungen kombiniert werden. Die eine, von der Regierungspartei DPP initiiert, will die oppositionelle KMT dazu zwingen, ihr während der Zeit der Einparteiendiktatur ungesetzlich erworbenes Vermögen

dem Staat zu übereignen, die zweite, von der Opposition initiiert, will dem Parlament die Macht geben, bei einem Verdacht auf Bestechlichkeit gegen den Präsidenten, den Vizepräsidenten, deren Familienangehörige und deren Untergebene zu ermitteln. Nun wurde in der Zentralen Wahlkommission debattiert, ob die Wähler im Wahllokal alle Abstimmungs- und Wahlunterlagen auf einmal in die Hand gedrückt bekommen sollen oder ob erst der Wahlzettel für die Parlamentswahl ausgegeben und erst nach dessen Einwurf in die Urne in einem zweiten Schritt über die Referendumsfrage abgestimmt wird.

Als sich die Zentrale Wahlkommission (Zhongyang Xuanju Weiyuanhui) für das einfachere Ein-Schritt-Verfahren entschied, erntete sie Proteste aus dem oppositionellen „blauen“ Lager: Die Wähler würden von so viel Papier auf einmal verwirrt und es käme bei der Auszählung zu Problemen, wenn die Zettel in den falschen Urnen landeten – sollte nach dem Auszählen der Parlamentswahlstimmen noch eine größere Zahl von falsch eingeworfenen Zetteln in den Referendumsurnen gefunden werden, könne sich womöglich das Wahlergebnis noch ändern und es zu einem öffentlichen Aufschrei kommen, befürchtete ein PFP-Vertreter. In der KMT dachte man im selben Sinne. Von den Kreis- und Stadtregierungen – diesen obliegt die Durchführung der Wahl auf lokaler Ebene – seien sich alle 18 in KMT-Hand befindlichen darüber einig, dass das Zwei-Schritt-Verfahren das einzig richtige sei, erklärte die KMT und forderte die Zentrale Wahlkommission auf, in diesem Sinne zu entscheiden.

Die Kommission folgte dieser Empfeh-

lung jedoch nicht, sondern beschloss mit neun gegen vier Stimmen im Gegenteil das Ein-Schritt-Verfahren. Sogleich fuhr ein unterlegenes Kommissionsmitglied schweres Geschütz auf: Die Entscheidung entfachte einen Brand und für den Abend des Wahltags sei mit Aufständen zu rechnen. Die erwähnten KMT-geführten 18 Lokalregierungen erklärten, sie wollten die Entscheidung des Komitees ignorieren und am Zwei-Schritt-Verfahren festhalten. Daraufhin sah sich der Premierminister genötigt, die KMT auf die Rechtslage hinzuweisen, derzufolge die Wahlkommission den Lokalregierungen das Verfahren vorschreibt. Eine von der Regierungspartei DPP eilends durchgeführte Volksbefragung ergab 48% Zustimmung für das Ein-Schritt-Verfahren und 30% für die Zwei-Schritt-Alternative; als die Umfrage eine Woche später wiederholt wurde, fiel dieses Votum noch deutlicher aus. Dies hielt den KMT-Vorsitzenden jedoch nicht davon ab zu behaupten, er vertrete die Volksmeinung. Taipeis Bürgermeister Hau Lung-bin (Hao Longbin, KMT) sah durch das Ein-Schritt-Verfahren gar das demokratische System gefährdet. Er kündigte zudem an, dass in seiner Stadt Wähler, die darauf bestünden, die Unterlagen auf einmal ausgehändigt zu bekommen, gar keine erhielten. Mit anderen Worten: Er drohte offenen Rechtsbruch an.

Der Hintergrund war, dass sich aus kaum nachvollziehbaren Gründen in den jeweiligen Lagern die Überzeugung breit gemacht hatte, dass das Ein-Schritt-Verfahren dem „grünen“, das Zwei-Schritt-Verfahren aber dem „blauen“ Lager Vorteile verschaffe. Umso erbitterter wurde nun ums Recht haben gefochten. Es blieb aber Präsident

Chen Shui-bian überlassen, die bereits völlig aus dem Ruder laufende Debatte auf ihre absurde Spitze zu treiben: Er erklärte auf einer Wahlveranstaltung, dass er wegen der Weigerung der besagten 18 Lokalregierungen, das Ein-Schritt-Verfahren anzuwenden, ernstlich erwäge, über Taiwan das Kriegerrecht zu verhängen.

Der Sturm, der daraufhin in den Medien losbrach, rauschte nun auch durch ausländische Blätter – und zwang die DPP zur Schadensbegrenzung. Der Präsident leugnete bereits tags darauf, jemals das Verhängen von Kriegerrecht beabsichtigt zu haben; er habe nur eine Idee aus dem Publikum ventiliert. Die DPP erklärte, Kriegerrecht sei nur in dem einen Falle auszurufen, dass Taiwan von China angegriffen würde.

In der Tat hatte Chen mit seiner leichtfertigen Drohung an wunde Punkte in der DPP-Vergangenheit gerührt, hatten doch gerade die in dieser Partei organisierten Demokratieaktivisten, darunter Chen selbst, unter dem erst im Jahr 1987 aufgehobenen Kriegerrecht der KMT-Ära gelitten. Chens Ankündigung verursachte daher auch bei seinen Anhängern erstauntes Stirnrunzeln.

Die Präsidentschaftskandidaten beider Parteien hielten sich in dem Streit auffallend zurück. Frank Hsieh (Xie Changting, DPP) erklärte, das Aussprechen von Drohungen und das Schüren von Groll löse das Problem nicht, und die hochkochenden Emotionen würden es nur verschärfen.

Die KMT versucht nun in einem zweiten Anlauf, das Gesetz zu ändern, nach dem die Zusammensetzung der Wahlkommission bestimmt wird. Ihr Vorschlag würde auf eine Besetzung gemäß Fraktionenproporz hinauslaufen und den Parteien-

streit damit in die Kommission hineinragen (vgl. C.a., 3/2007:151-152). Die DPP konnte dies bislang verhindern. Der Streit um das Zettelausgabeverfahren bei den anstehenden Volksabstimmungen geht unterdessen weiter. (TT, 8., 14., 15., 20.-22., 26.11., 3.12.07; ST, 24., 27.11.07; SCMP, 27.11.07)

Bürgermeisterin von Kaohsiung siegt in Revisionsinstanz

Die Regierungspartei DPP und die ihr angehörende Bürgermeisterin der südtaiwanischen Hafenmetropole Kaohsiung (Gao-xiong), Chen Chu (Chen Ju), konnten Mitte November einen Sieg vor Gericht feiern: Die Revisionsinstanz hob die Entscheidung eines Bezirksgerichts auf, die das Ergebnis der Bürgermeisterwahl vom Dezember letzten Jahres für ungültig erklärt hatte (vgl. C.a., 4/2007:168f.). Chen war damals mit einem Vorsprung von nur 1.114 Stimmen gewählt worden, nachdem ihre Anhänger am Vorabend der Wahl ihrem Rivalen Huang Chun-ying (Huang Junying) fälschlicherweise Wählerbestechung („Stimmenkauf“) vorgeworfen hatten, zu einer Zeit also, als Huang keine praktische und legale Chance mehr besaß, diesen Angriff zu parieren. Die Richter der Berufungsinstanz befanden nun, dass Chen Chus Wahlkampagne die Wähler nicht gezwungen habe, in einer bestimmten Weise zu wählen; zudem sehe das Wahlgesetz für den Fall eines ungerechtfertigten Stimmenkaufvorwurfs keine Strafen vor. Gegen das Urteil ist keine Revision mehr möglich.

Erwartungsgemäß fing sich das Gericht Urteilsschelte seitens der KMT ein. Der unterlegene Huang erklärte, es sei nicht nach-

vollziehbar, dass zwar festgestellt wurde, ihm sei zu Unrecht Stimmenkauf vorgeworfen worden, dies aber ohne Konsequenzen bliebe. Kommentatoren gaben jedoch zu bedenken, dass die KMT letztlich womöglich von dem Urteil profitiere, da es das „blaue“ Lager im Vorfeld der anstehenden großen Wahlen zusammenschweiße.

Es ist nicht das erste Mal, dass die KMT versucht, auf dem Umweg über die Gerichte verlorene Wahlen nachträglich zu gewinnen. Sie ist damit bislang stets gescheitert. (SCMP, 16., 17.11.07; ST, 17.11.07; TT, 18.11.07)

Steigende Verbraucherpreise sorgen für Unmut

In Taiwan zogen die Verbraucherpreise in den letzten Monaten in immer steilerer Kurve an: von 0,33% im Juli über 1,61% im August, 3,11% im September auf 5,34% im Oktober gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat. Betroffen waren unter anderem Gemüse, Mehl, Eier und Benzin. Schuld am plötzlichen Preisauftrieb sind einerseits die weltweiten Rohölpreise, andererseits die Folgen eines Taifuns, der einen Teil der Gemüseernte zerstörte. Die Entwicklung war so offenbar nicht vorhergesehen worden. Das Statistik- und Rechnungsamt (Zhuji Chu) prognostizierte für das vierte Quartal eine Teuerungsrate von 2,47%, die angesichts des Oktoberwerts nur noch erreichbar wäre, wenn die Inflation plötzlich wieder zum Stillstand käme.

Die Zahlen und der öffentliche Unmut, den die Teuerung auslösten, machen die Regierungspartei DPP nervös, fürchtet sie doch bei den Januarwahlen dafür vom Wähler zur Verantwortung gezogen zu wer-

den. DPP-Abgeordnete forderten den Ministerpräsidenten und den Wirtschaftsminister bereits auf, binnen eines Monats für Preisstabilität zu sorgen oder zurückzutreten. Die Regierung richtete eine interministerielle „Arbeitsgruppe Preisstabilität“ ein und erwägt, der staatlichen Öltraffinerie CPC Ausgleichszahlungen zukommen zu lassen, damit sie das Benzin unter dem aktuellen Marktpreis abgeben kann. Dieser erreichte Anfang November mit 30 TWD pro Liter bleifreiem Normalbenzin einen historischen Rekord. Das Parlament verabschiedete Ende Oktober eine Resolution, die die CPC auffordert, bis Jahresende keine weiteren Preiserhöhungen vorzunehmen. Ohnehin gelten für die CPC jedoch bereits gesetzliche Grenzen für Preisanpassungen. Anfang November beschloss die Regierung, den Spielraum für erlaubte Benzinpreissteigerungen von 15% weiter auf nunmehr 12% zu verringern.

Den meisten Unmut verursachten allerdings die Gemüsepreise, die im Oktober um 78,6% über denen vom Oktober 2006 lagen. Obendrein lieferten etliche Minister peinliche Vorstellungen, als sie die Teuerung herunterzuspielen versuchten oder gar ihre Ahnungslosigkeit offenbarten – so geschehen, als Agrarminister Su Jia-chyuan (Su Jiaquan) im Parlament empfahl, statt teuren Feingemüses billige Gurken zu kaufen, dabei aber einen Preis nannte, zu dem in Taipeh keine Gurke mehr zu haben ist. Auch auf diesem Gebiet griff die Regierung inzwischen in die Marktpreisbildung ein, indem sie Getreide- und Gemüsereserven auflöste.

Das Beispiel der Benzinpreisregulierung zeigt, dass Taiwans Bürger es sich mit

ihren Wohlstandserwartungen dank dirigistischer Eingriffe und eines nach wie vor starken Staatssektors in der Wirtschaft bequem gemacht haben, umso mehr als die Regierung – zumal jetzt im Vorfeld anstehender Wahlen – nicht den Mut aufbringt, die Preisbildung dem Markt zu überlassen. Tatsächlich erfreuen sich die Taiwaner noch immer exzeptionell niedriger Benzinpreise von gerade einmal 0,63 EUR pro Liter.

Auch wenn die Oktober-Teuerungsrate von über 5% sich als Ausreißer erweisen sollte, wird sich Taiwan für die nächste Zeit auf ein höheres Inflationsniveau einstellen müssen. Nachdem im Jahr 2006 und in der ersten Jahreshälfte 2007 praktisch Preisstabilität herrschte, sei bis August 2008 mit einer Teuerungsrate von mehr als 2% zu rechnen, erklärte ein Wirtschaftsfachmann der Academia Sinica. (ST, 27.10., 7.11.07; WSJ, 2.11.07; Financial Statistics Monthly, www.cbc.gov.tw, 3.12.07; Quarterly National Economic Trends, www.stat.gov.tw, 3.12.07)

Taiwan gestattet Investmentfonds auf dem Festland

Taiwans Regierung unternahm einen kleinen Liberalisierungsschritt im Finanzverkehr mit dem Festland, als es im Oktober taiwanischen Investmentfonds erlaubte, bis zu 0,4% der Anteile in festländischen Aktien und 10% der Anteile in Hongkonger Aktien anzulegen. Die Regierung ging damit auf eine seit Langem erhobene Forderung taiwanischer Finanzunternehmen ein. Damit gelten für in Taiwan registrierte Fonds dieselben Regeln wie für im Ausland registrierte, aber in Taiwan vertriebene sogenannte Offshore-Fonds. (SCMP, 25.10.07)

Umfragen: Japaner und US-Amerikaner mehrheitlich pro Taiwan

Taiwan genießt Sympathien bei US-Amerikanern und Japanern. Dies bestätigten zwei im Oktober veröffentlichte Umfrageergebnisse.

Das New Yorker Meinungsforschungsinstitut Zogby International hatte im September festgestellt, dass 55% der US-Amerikaner eine UN-Mitgliedschaft Taiwans befürworten und 70% der US-Regierung raten, nichts gegen Taiwans Beitritt zu unternehmen, wenn eine Volksabstimmung ihn stütze.

Die Sympathien der Japaner für ihre einstige Kolonie sind noch deutlich stärker ausgeprägt, wenn man einer vom Tai-beier Regierungspresseamt in Auftrag gegebenen Umfrage folgt. Demnach befürworteten von 1.000 befragten japanischen Erwachsenen 74% Taiwans UNO-Beitritt, 17,2% lehnten ihn ab. 81,2% fanden, Taiwan könne unter diesem Namen beitreten, wenn eine Volksabstimmung dies verlange, 89,2% meinten, Japan solle ein auf demokratische Weise erzieltcs Volksvotum pro UNO-Beitritt respektieren, und 63,5% rieten ihrer Regierung, Taiwans Beitrittsbemühen zu unterstützen, auch wenn China dagegen sei. (TT, 4., 27.10.07)